

SOLIDARITÄT



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM, ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 41 • 37. Jahrgang

Berlin, den 10. Oktober 1931

Verteilt Arbeit und Einkommen

Im ersten Teil dieses Aufsatzes wurde nachgewiesen, daß erstmalig im Jahre 1929 die Zahl der im Druckereigewerbe beschäftigten Vollarbeitskräfte relativ und absolut zurückgegangen ist, trotzdem die gewerbliche Gesamtproduktion nicht unwesentlich zunahm.

Wie in fast allen anderen Industrien und Gewerben wird auch im Druckgewerbe die menschliche Arbeitskraft durch leistungsfähigere Maschinen, Apparate, Arbeitsverfahren usw. usw. unablässig verdrängt. Das war in der Vorkriegszeit gleichmäßig wie in der Nachkriegszeit der Fall. Wenn trotzdem erst in der Nachkriegszeit die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit in Erscheinung trat, so hat das seine Ursache in den grundlegend veränderten Abnahmeverhältnissen der Nachkriegszeit. Das industrielle Europa arbeitete vor dem Kriege für die ganze Welt. Es konnte seine Produktion an industriellen Gütern ins ungemessene steigern, die nichtindustrialisierten Gebiete erwiesen sich für jedes Mehr an Produktion als aufnahmefähig. Was durch die Einführung einer neuen Maschine an menschlicher Arbeitskraft erspart wurde, nahm die zweite und dritte Maschine wieder in Anspruch. Die Produktion und damit der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft wuchs in so raschem Tempo, daß die unmittelbare Wirkung des technischen Fortschritts, nämlich die Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft, gar nicht oder nur vorübergehend in Erscheinung trat.

Der Weltkrieg schnürte mit einem Schläge die Grenzen des Abnahmes gewaltig ein. Wo früher europäische Industriearbeit abgesetzt werden konnte, beherrschte nunmehr die neuentstandene und ständig im Ausbau begriffene Eigenproduktion den Markt, die überdies gegen die überlegene europäische Konkurrenz durch handelspolitische Maßnahmen geschützt wurde. Damit entfiel in weitestem Umfange die Möglichkeit, die durch die fortschreitende Mechanisierung der Produktion ständig größer werdenden Gütermengen auf dem Wege des Exports abzugeben und damit auch die Voraussetzung für die Beschäftigung der vorhandenen und die Aufzucht der neu hinzukommenden menschlichen Arbeitskräfte. Ein Beispiel soll klarmachen, daß — wenigstens in der herrschenden Wirtschaftsform — selbst bei vermehrter Produktion die Zahl der beschäftigten menschlichen Arbeitskräfte unablässig geringer und damit die Zahl der Arbeitslosen größer werden muß, wenn nicht die Vermehrung der Produktion bestimmte Grenzen überschreitet oder — eine planmäßige Verteilung der Produktionsmengen auf die vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte erfolgt.

In einer Druckereiabteilung mit 20 Schnellpressen werden insgesamt 53 menschliche Arbeitskräfte (technisches Personal) beschäftigt: 20 Drucker, 20 Anlegefrauen, 10 Hilfsarbeiterinnen und 3 Hilfsarbeiter. (Alle Zahlen sind beliebig angenommen, dadurch wird ihre Beweiskraft jedoch nicht gemindert.) Tagesleistung pro Maschine bei Handanlage 10 000 Drucke, Gesamttagessleistung also 200 000 Drucke. Wir wollen annehmen, dieses Druckquantum würde zur Herstellung von 20 000 Büchern à 10 Bogen verwendet. Nun werden für alle Schnellpressen Anlegeapparate angeschafft. 20 Anlegefrauen werden entlassen, als Ausgleich vielleicht 5 weitere Hilfsarbeiterinnen beschäftigt. Das Gesamtpersonal hat sich also von 53 auf 38 Personen vermindert. Bleibt das Druckquantum dasselbe, bleiben auch die 15 entlassenen Anlegefrauen arbeitslos. Sie bleiben selbst arbeitslos, wenn sich die Druckleistung infolge der mechanischen Anlage erhöht, sagen wir auf 240 000 Bogen pro Tag, gleich 24 000 Büchern. Um sie wieder in Arbeit zu bringen, wäre die zusätzliche, Inbetriebnahme einer entsprechenden Anzahl von Schnellpressen erforderlich, was aber voraussetzt, daß für die Produktion derselben Abnah vorhanden ist. Und diese Voraussetzung ist seit dem Kriege infolge der „Indu-

strialisierung ehemals vorkapitalistischer Räume“ nur in gänzlich unzureichendem Maße vorhanden. Die Freilegung der menschlichen Arbeitskräfte durch die Mechanisierung der Produktion im Zusammenhang mit der Einschränkung der Abnahmöglichkeiten ist die entscheidende Ursache der Arbeitslosigkeit, und alles andere ist von untergeordneter Bedeutung. Obwohl das Druckereigewerbe kein ausgesprochenes Exportgewerbe darstellt, ist die Erklärung für die Verringerung des Gesamtpersonals bei vermehrter Gesamtproduktion, wie sie im Jahre 1929 erstmalig zu verzeichnen war, in genau derselben Ursache zu suchen, denn seine Abnah und damit Produktionsmöglichkeiten befinden sich in enger Abhängigkeit von denen der Gesamtwirtschaft überhaupt.

„Maschinenkernern“ muß entgegengehalten werden, daß auf die Anwendung verbesserter Produktionsmittel und -methoden einfach nicht zu verzichten ist. Die internationale Konkurrenz zwingt dazu. Wollte man in Deutschland z. B. nach dem Rezept neuzeitlicher Propheten gesehicht verbieten, mehrleistende maschinelle Produktionsmittel anzuwenden, so würde die deutsche Produktion nicht nur im Ausland, sondern sogar im Inland von der billigeren Produktion der technisch höher stehenden Wirtschaftskontinenten ausgehakt. Man muß ferner davon ausgehen, daß der technische Fortschritt keine Grenzen kennt. Bleiben wir in unserem Gewerbe. Wir entnehmen einem Bericht vom Wirtschaftsamt des Deutschen Buchdrucker-Vereins über die Leipziger Bugra-Maschinenmesse im Frühjahr 1931 folgenden Auszug, dem nichts hinzuzufügen ist.

„Die Entwicklung der graphischen Maschinentechnik wird, wie das auch in den meisten anderen Industrien der Fall ist, in den letzten Jahren immer auffälliger vom Geiste der Mechanisierung und Automatisierung getragen. Die Maschine hat auch bei uns nicht vor Arbeitsgängen haltgemacht, die noch vor ganz kurzer Zeit als eigenes Gebiet der Handarbeit angesehen wurden. Vergleichen man das Druckgewerbe mit anderen verarbeitenden Industrien, wo Rollautomaten unter Ausnutzung jeder Handarbeit immer mehr an Bedeutung zunehmen, so ist deutlich zu erkennen, daß wir sogar erst im Anfang dieser Entwicklung stehen...“

Unter diesem Gesichtspunkt werden wir uns im Druckgewerbe zweifellos noch an andere Arbeitsmethoden gewöhnen müssen, sowohl was die Formenherstellung, als den eigentlichen Druckvorgang betrifft, wo Zurechtung, Handanlage, Einschleifen von Matulatur, Zusammentragen der einzelnen Bogen usw. noch eine größere Rolle spielen. Diese Entwicklung vollzieht sich nur langsam und fällt deshalb dem einzelnen wenig auf, so daß er scheinbar mit seiner Meinung Recht hat, daß wir im Druckgewerbe mit der Umstellung auf die Maschine an der Grenze angelangt sind. In größeren Zeiträumen gesehen beweist aber das Vordringen der Sekundärschritte, des Anlegeapparates, der mechanisierten Zurechtung, der Kopierverfahren, der Schmalmaschinen usw. das Gegenteil, wobei sich diese Beispiele beliebig vermehren ließen. Und niemand sieht voraus, ob wir nicht eines Tages mit noch ganz anderen Umwälzungen übertraf werden.“

Im Zuge dieser allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung liegt die Notwendigkeit zur Verkürzung der Arbeitszeit auch für das graphische Gewerbe unentrichtbar eingeschlossen. Wenige Wochen oder gar nur Tage trennen uns von dem Zustand, wo jeder dritte Berufsangehörige arbeitslos ist. Man rechnet als mit etwas Festsitzendem, daß ungezählte Tausende der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen keine Aussicht mehr haben, in ihrem Beruf wieder Arbeit und Brot zu finden. Wo sonst? Man hat ausgemacht, als es gelungen war, das riesige Heer der Arbeitslosen ohne Exploitation durch den Winter zu bringen; schon steht der Winter wieder vor der Tür, und man beginnt zu ahnen, daß sich der soziale Spannungszustand bei den vorausgeschätzten 6 bis 8 Millionen Arbeitslosen unerträglich verschärfen wird. Wenn je eine Situation großzügige Entscheidungen forderte, so ist es diese.

In richtiger Einschätzung der Lage hat sich unter der Kollegenschaft allerorts die Bereitwilligkeit ausgebreitet, einer Verkürzung der gewerblichen Arbeitszeit zu-

zustimmen. Diese Bereitwilligkeit schließt unter den gegebenen Machtverhältnissen den Verzicht auf einen Teil des bisherigen Einkommens in sich ein. Obwohl dieser Verzicht unter den Auswirkungen der bereits erfolgten Lohnsenkung im Gewerbe ganz gewiß nicht leicht geworden ist, hat die Kollegenschaft damit von vornherein eine Haltung eingenommen, die ihr durch das Bewußtsein der solidarischen Verbundenheit mit den unglücklichen Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsform vorgeschrieben war. Wo aber, so müssen wir fragen, bleibt die Opferbereitschaft derjenigen, die als Träger und Nutznießer dieses grauenhaft verfallenden Wirtschaftssystems in allererster Linie gezwungen wären, zugunsten der Opfer ihrer „gegenreichen“ Wirtschaftsordnung und -führung Teile ihres Profiteinkommens abzutreten? Sie verharren in unnachgiebigem Egoismus; das selbstlose Beispiel der Kollegenschaft kann sie nicht veranlassen, auch nur das bescheidenste Zugeständnis in der Frage des Lohnausgleichs zu machen. Mit großer Wahrscheinlichkeit hoffen sie auf eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers, die alle Lasten der Arbeitszeitverlängerung auf die Schultern der arbeitenden Kollegenschaft abwälzen wird. In verbündeter Selbstsucht wehren sie sich sogar dagegen, nach Maßgabe der einzuparenden Arbeitsstunden arbeitslose Kolleginnen und Kollegen einzustellen; der Opferbereitschaft der Kollegenschaft stellen sie die verborgene Spekulation entgegen, gegebenenfalls durch gesteigerte Leistungsanforderungen im trüben fischen zu können. Diese traffe Gegenfähigkeit der beiderseitigen Haltung birgt in sich Tage und Wochen folgenschwerster Entscheidungen, die unvorstellbar sind. Einbrüche und Vorfälle bei den Beteiligten hinterlassen werden. In dem Bewußtsein, daß sie diesen Entscheidungen entgegensteuert, ist der gesamten Kollegenschaft die ernste Pflicht auferlegt, enger, geschlossener, entschlossener und widerstandswilliger zusammenzutreten. In diesen Wochen ist der Kollegenschaft nur eine Haltung angemessen: eine Haltung, die der Gegenseite und ihren Helfern die eindrucksvolle Gewißheit eingibt, daß sie Sturm ernten, wenn sie Wind säen werden.

Hans Sator.

Wir existieren in Vorräten

Not und Überfluß, die sich eigentlich gegeneinander aufheben müßten, sind und bleiben das Charakteristikum der gegenwärtigen Zeit. Alle Bemühungen, die Vorräte irgendwie zu verkleinern, schlagen fehl. Die kapitalistische Wirtschaft ist einfach unfähig, ihren Reichtum an die Menschen zu verteilen. Wenn man den Stand Ende Juni eines jeden Jahres berücksichtigt, lagerten an den Weltmärkten Rohstoffe in folgenden Mengen:

	1927	1928	1929	1930	1931
			in 1000 Tonnen		
Weizen	4981	6634	9538	10 312	12 068
Zucker	4395	4696	5345	6 277	7 075
Kaffee	482	1044	847	1 608	1 498
Baumwolle	1282	1125	1015	1 350	1 717
Jute	99	85	121	263	1 000
Kautschuk	232	211	254	386	504
Steinkohle	5336	5848	2958	13 988	19 605
Kupfer	87	53	75	288	375

Diese Zusammenstellung ist der eindringlichste Anschauungsunterricht für den Funktionsfehler der kapitalistischen Wirtschaft. Man beachte: Die Weizenvorräte haben sich im Zeitraum von fünf Jahren verdreifacht, bei Kaffee und Steinkohlen ist das gleiche zu verzeichnen. Bei Kupfer ist sogar eine Verdreifachung der Vorratslage eingetreten. Die übrigen Weltmarktrohstoffe sind ebenfalls in Massen vorhanden und harren der Verwendung. Die Herrenmeister des kapitalistischen Wirtschaftssystems stehen händeringend dabei, ohne eine Abhilfe erkennen zu können. Hätten wir Bedarfswirtschaft und keine Profitwirtschaft, so würde das unnötig sein.

Ist die heutige Krise des Arbeitsmarktes vorübergehend?

Weite und gerade die maßgebenden Kreise des deutschen Unternehmertums wehren sich noch immer mit aller Macht gegen die Einführung der Vierzigstundenswoche. Einer der Argumente, das von dieser Seite dagegen angeführt wird, ist, daß die heutige Arbeitslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand ist und es sich deshalb nicht verantworten läßt, eine so tief einschneidende Maßnahme, wie es die allgemeine Einführung der Vierzigstundenswoche darstellt, vorzunehmen.

Ist dieser Einwand stichhaltig? Ist wirklich damit zu rechnen, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit ändert, ändert natürlich in dem Sinne, daß auch ohne namhafte Arbeitszeitverkürzung die Zahl der Arbeitslosen auf ein volkswirtschaftlich erträgliches Maß zurückgehen wird?

Selbstverständlich hoffen und wünschen alle, daß die heutige Zahl von vier Millionen Arbeitslosen keinen Dauerzustand darstellt, und es ist sogar möglich, daß diese Hoffnung nicht trügt. Vorläufig aber wissen wir mit Sicherheit, daß sie sich zum Winter hin noch beträchtlich erhöhen wird; es steigen auch noch keinerlei Anzeichen dafür vor, die auf eine wesentliche Herabminderung für das nächste Frühjahr schließen lassen. Im Gegenteil, um nur ein Beispiel anzuführen, wird die Drosselung des Wohnungsbaues auch noch im nächsten Jahre anhalten — mit allen ihren verderblichen Folgen für den Gesamtarbeitsmarkt. Denn auch im kommenden Frühjahr werden die Ursachen noch nicht gehoben sein, die jetzt zu dieser Drosselung geführt haben.

Wir haben also zunächst noch mit einer Verschärfung der Krise und, dadurch bedingt, mit steigendem Elend zu rechnen. Das ist wahrlich ein schlechter Trost für die Millionen, die heute schon und zum Teil seit Jahren sich nach Arbeit und Verdienst sehnen. Es würde unter diesen Umständen — objektiv gesehen — freilich schon als eine „wesentliche Entlastung“ angeprochen werden, wenn wir alsdann erst mal wieder den Stand von „nur“ vier Millionen erreichen würden. Kein Mensch vermag heute zu sagen, ob und wann selbst diese relative „Entlastung“ eintreten wird. Noch unsicherer ist daher eine Voraussage, ob und wann jemals die augenblickliche Zahl von vier Millionen unterschritten werden wird. Aber selbst, wenn es einmal so weit kommen wird, so steht doch fest, daß das noch lange, sehr lange dauern wird, so daß man von einer „absehbaren Zeit“ hier nicht mehr zu sprechen berechtigt ist. Es müßten denn schon Wunder geschehen; und die sind in unserer rationalistischen Zeit rar geworden; am wenigsten geschehen sie im heutigen Wirtschaftsleben, in dem sich alles nach nüchternen, eigenen und aller Welt erkennbaren Gesetzen vollzieht.

Aber ist es denn überhaupt denkbar, daß all die vielen Millionen Arbeitslosen noch einmal voll in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden? Man könnte eine leise Hoffnung nach dieser Richtung hin haben — wenn es sich bei der heutigen Arbeitsmarktkrise lediglich um ein deutsches Problem handelte. Das ist aber doch nicht der Fall. Das wissen alle. Und deshalb sollten sich auch alle darüber klar sein, daß es sich bei der heutigen Krise nicht mehr um einen vorübergehenden Zustand, sondern um einen Dauerzustand handelt. Man scheidet sich beinahe schon, es noch auszusprechen, weil es alle Welt weiß und es schon zu einer Binsenwahrheit geworden ist: Es ist das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, das uns in diese Krise mit Naturnotwendigkeit hineingebracht hat, und die nicht eher verschwinden wird, als bis dieses Mißverhältnis besehoben ist. Das Tiefbedauerliche daran ist nur, daß diejenigen, die berufen wären, an der Beseitigung dieses Mißverhältnisses in entscheidender Weise mitzuwirken, das nicht tun, weil sie es nicht tun wollen! Das ist das deutsche Unternehmertum, das sich befindet die führenden Schichten desselben. Statt dessen sucht man nach allen möglichen Argumenten, um sich der Verantwortung zu entziehen. Ein solches Argument ist nun auch der Einwand, daß es sich bei der Krise des Arbeitsmarktes nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt.

Es kann sein, daß dieses Argument bisher in nicht unmittelbar beteiligten Kreisen, vielleicht sogar auch in Arbeiterkreisen, noch immer Glauben gefunden hat. Die Gewerkschaften haben die Richtigkeit der Unternehmerbehauptung längst bezweifelt, und mit ihnen auch die Wissenschaft, soweit sie nicht auf die Vortrefflichkeit des privatwirtschaftlichen Systems eingeschworen ist. Nun haben die Gewerkschaften aber den Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung auch in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise angetreten, und zwar in ihrer zum Gewerkschaftsorgan „Herausgeber“ herausgegebenen Schrift zur Vierzigstundenswoche*.

In dem darin enthaltenen Abschnitt „Der Arbeitsmarkt vor und nach dem Kriege“ wird in schlüssiger Weise nachgewiesen, daß wir in Deutschland in fast allen Wirtschaftszweigen seit 1907/1913 ein nahezu un-

unterbrochenes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Es wird darin einwandfrei nachgewiesen, daß neben den durch Konjunktur und Jahreszeit verursachten Arbeitslosigkeitsperioden, die an sich auch schon eine ständig steigende Tendenz aufweisen — daß neben dieser Steigerung periodischer Arbeitslosigkeitsziffern eine ständig zunehmende durch strukturelle Änderungen der Wirtschaft bedingte Arbeitslosigkeit einhergeht. Diese strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, die mehr und mehr überwiegt, aber ist es, die nicht als ein vorübergehender Faktor anzuprehen ist, sondern die dauernd ist und dauernd bleibt, ja die sich nach all den Erfahrungen, die wir inzwischen mit der Rationalisierung des Produktionsprozesses gemacht haben, in Zukunft eher noch steigern wird. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß der heutige Produktionsmechanismus, wie allgemein bekannt, ja längst nicht bis zu seiner vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden kann, eben weil es an Absatz fehlt. Eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Leistungskapazität bedeutete daher noch längst nicht eine Mehrinstellung von Arbeitskräften. Die Millionen Arbeitslosen sind also verurteilt, auch weiterhin bei vollen Scheuern zu hungern.

Es ist hier nicht der Ort, auf die in der genannten Schrift enthaltene Beweisführung näher einzugehen. Diejenigen, die sich berufen und verpflichtet fühlen, für die lebensnotwendige Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere für die Vierzigstundenswoche, einzutreten, sollten sich das umfangreiche, durchschlagende und, wie schon gesagt, wissenschaftlich unanfechtbare Material derselben zu eigen machen. Es bietet die denkbar besten Beweisgründe für die Unhaltbarkeit der Unternehmertheorie, daß es sich bei der heutigen Arbeitsmarktkrise um einen „vorübergehenden Zustand“ handelt. Nein! Diese Krise ist eine Dauerkrise, begründet in den Widersprüchen des privatkapitalistischen Systems, und die Vierzigstundenswoche ist eines der zunächst unbedingt notwendigen Mittel, diese Krise zwar nicht zu beheben, sie aber doch in etwas zu mildern, und Hunderttausenden am Leben Verzweifelnder neue Hoffnung, neuen Lebensmut, neuen Kampfesgeist zu verleihen.

Darum: Her mit der Vierzigstundenswoche!

1. Ausschusslösung des ADGB.

Am 2. Oktober 1931 trat der Bundesausschuß des ADGB unter dem Vorsitz von Leo Paetz in seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongress zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer tiefenverfühlenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Grafmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat verurteilt, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichsanwalt und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgen.

Das die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen, zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundkurses die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechts den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiter, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Herabsetzung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen solle — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahin gehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankenengängen der Arbeitgeber. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einlassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrheit tarifrechtlich seien, und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlich tarifgebner-

ischen Standpunkt stehe. Wenn diese Illusionen einer Widerlegung bedürftig hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffreiheit in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuordnung des Tarifrechts in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gebante erwogen worden, die Unabhängigkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 Proz. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 Proz. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gebante eines abdingbaren Spielraums von 20 Proz. ist aber offenbar nicht die einheitliche Überzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man stehe vor der Alternative, entweder einer Inflation, die physikalisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparplans führen würde, oder einer Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloß. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industrietariffen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 1/2 Proz. des Lohnes noch nicht janer. Es wird für die sechs Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krienerntelöhner herabzusetzen (evtl. auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krienerntelöhner bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Un-erträgliche einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotz dem durchgesetzt würde.

Diese Vorstöße haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen.

In den Bericht des Kollegen Grafmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache an, der sich nicht nur die Verhandlungsleiter, sondern insbesondere auch die Sozialpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Standal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Überstunden, die gerade in letzter Zeit stark zuzunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Vierzigstundenswoche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortwährenden Drosselung der öffentlichen Ausgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leo part ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, 6 Arbeitnehmervertreter in den Ausschuß zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeitnehmerseite sollen Mitglieder des Reichsausschusses sein, das sich vermutlich aufstellen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeitnehmerseite hat der ADGB, 2 zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.

* Die Vierzigstundenswoche, Unterstützung des Arbeitsmarktes, Arbeitsvertrag und Arbeitszeit. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14.

Begegnung

Von Alexander von Sacher-Masoch

Hier bog sich der Weg dem nahen Dorfe zu, und in der Weichsel fließt Hand Krummbein, die Nase vorichtig zwischen zwei Gräsern hervorleuchtend. Er leuchtete ein wenig von der heißen Sonne, die tropfende Zunge hing ihm aus dem Maul. Drei Schritte weiter schimmerte der weiße Staub der Landstraße, kaum beschattet vom schütterten Laubwerk der Äsien, die an ihrem Rand entlang standen. Drüben lag Nadersburg, das mittelalterliche Städtchen, und dahinter kam die jugoslawische Grenze. Krummbein hielt gerade Kopf hier, denn er hatte einen langen Weg hinter sich. Zimmer mußte er vorwärtslaufen, nachsichtig ihm der Abenteuertrieb die Nase hoch, so daß er aus dem Schlafe taumelte, eine Strecke weiterzant, bis ihm dann wieder vor Müdigkeit die Augen zufielen.

Oh! schloß er auf der Landstraße und lag eingeordnet wie ein Paket Wolle in der Mitte. Denn er verkehrte es, verstreut unter Wäldchen oder hinter verfallenen Zäunern zu raften. Mitunter kam es vor, daß er mitten aus süßesten Träumen hochgewirbelt wurde durch jene Urkraft, die ihm selbst unbewußt, in ihm ruhte — eine Sekunde, ehe ihn der Ruf eines Pferdes und einen Atemzug, ehe ihn ein Wagenrad erreicht hatte. Er entwickelte dabei eine Schnelligkeit, über die er selbst am meisten erstaunt war, überlegte sich einige Male und kollerte in den Graben oder schlug mit der Nase gegen einen Zaunpfosten, jetzt erst vollends erwachend. Und bestellte dem Gefährte, das, immer kleiner werdend, in die unbekanntes Ferne hineinrollte, wütend und mit gesträubten Haaren nach.

Ein empfindliches Niesorgan, wachsame Ohren, spitze Zähne, kräftige Kinnladen und — war Krummbein — aber schneidende Beine waren gute Begleiter. Nicht zu vergessen die unentwegte Rute, ein wahres perpetuum mobile. Drüben, in der entgegengesetzten Richtung des Städtchens, lag die Sonne wie eine rote Kugel bereits tief über der Landstraße. Aber es war noch keine Kühle zu spüren. Hier schob sich etwas zwischen Krummbein und die Sonne, wurde größer und näherte sich zusehends. Fremde Witterung von durchweichten Stiefelsohlen und scharfer Alcedon kam erst ganz zart, dann stärker von der Landstraße. Krummbein, der nicht gut auf die Menschen zu sprechen war, zog sich ein wenig hinter die dichten Gräser zurück und beschloß, diese Fremdheit an sich vorüberziehen zu lassen, ohne sein Integrität zu verlieren.

Eule, der Landstreicher, war jedoch, ohne von Krummbeins Dasein oder von Krummbeins Welt etwas zu ahnen, gerade zu dem Entschluß gekommen, zu raften. Nachts hatte es geregnet, und Eule fand nur notdürftigen Unterschlupf in einer Scheune auf freiem Feld. Daher rochen seine ungegerbten Lederstiefel so stark, daß Krummbeins Fell sich verächtlich sträubte. Dennoch war es irgendwie eine originale Witterung, denn Eule roch außer nach ungeradem Leder auch noch nach schwerem Tabak, nach harter Käse, nach Zwiebeln und nach Armut. Hat, ich habe noch etwas vergessen: nach Schnaps roch er auch noch. Nun hatte Krummbein selbst noch ein Schnaps gefolgt, aber er mied die Leute dieser Geruchsgattung. Denn er wußte, daß sie launisch waren und abern. Vielen war er zu ungeduldriger Stunde über den Weg gelagert, und viele hätte er empfangen. Krummbein verhielt sich also ganz still hinter den Gräsern. Eule hingegen hätte die schwabbeligen Beinbewegungen ein, mit deren Hilfe er sich fortbewegte, nahm seinen Hut ab, hing seinen Kopf an den niedrigen Ast einer Äsien, und setzte sich auf den erhöhten Grabenrand, gegenüber von Krummbeins Versteck. Jetzt entledigte er sich seiner Stiefel, was Krummbein mit unerschrockenem Mißtrauen beobachtete, und stellte sie neben sich auf. Die Stiefel waren langschäftig und blieben ohne weiteres liegen, so hart waren sie durch die Feuchtigkeit der Nacht geworden. Er wickelte die arg mitgenommenen Fußklappen ab, worauf nun Knote, in verschleierte Windrichtungen zerlegene Fäden von fragwürdiger Sauberkeit sichtbar wurden. Die zehnte feste. Eule hatte sie gelegentlich einer schweren Fußsteigerung einmal mit einem Taschenmesser entfernt, denn er war kein Freund der Krätze.

Eule schluckte leise vor sich hin, denn seine Füße schmerzten sehr, und er hatte sich seit Tagen nur mangelhaft zu ernähren vermocht. Er zog ein kleines Paket mit Wurststücken und Speckswarteln aus der Tasche, das er noch gestern von einem Schlächter am Gotteslohn eingehandelt hatte. So gefasch es, daß Krummbein plötzlich phantastisch schöne Witterung bekam. Seine Nase hob sich und schnupperte voll Begeisterung in Eules Richtung, er reckte den Hals vor, und bei dieser Gelegenheit holperte er über seine krummen Beine und fiel nach vorn. Allerdings sprang er gleich wieder zurück. Aber Eules scharfe Landstreicher Augen hatten bereits eine feuchte Schinawe, spitze hochgestellte Ohren und zwei zwischen struppigen Haaren halberborgene, fohlschwarze, blühende Auglein bemerkt. Und er erriet gleich, daß Krummbein nicht gern gesehen sein wollte. Er hielt Krummbein für einen entlaufenen Dostföter aus der Umgegend, einen jener lauten, widerpenstigen und gefährlichen Hütter der Rechte und des Eigentums ihrer Sklavenhalter, kurz für ein Wesen, das er fürchten und verachten gelernt hatte. Und so beschloß er, Wurststücken und Schwarzenreste nach beobachteter Maßigkeit lieber wieder einzupacken und mitzunehmen, ehe er sie dem Feind überließ.

Krummbein sah in Eule einen jener ewig mißgelaunten, prigel- und trefluffigen Hungerleider, mit deren Stößen er mehr als einmal unliebame Bekanntschaft gemacht hatte. Er empfand eckten, wüden daß gegen ihn, der kaum durch den Duft der erwünschten Wurststücke gemildert werden konnte. So sah er sich nun gegenüber, ohne daß Krummbein ahnte, daß Eule über seine Existenz informiert war, und ohne daß Eule wußte, daß er sich in Krummbein gefascht hatte, der ein Landstreicher war, so gut wie er selbst.

Unwissenlich hatte Eule seine Maßigkeit, langsam und genießerisch launend, beendet, wickelte die übrig gebliebenen Wurststücken und Reste wieder in das Papier und steckte das Paket in die Tasche. Das tat er, nicht ohne unter seinen blühigen Augenbrauen Schadenfreude und verstohlen zu den Gräsern hinüberzuschauen, die Krummbein verdeckten.

Nichts weiter wäre geschehen, und diese Begegnung wäre bedeutungslos verlaufen, wenn Eule zu sich selbst mit Recht hätte sagen können: Du bist jetzt satt, ruhe ab und verdaue. Nimmer konnte sich jedoch Eule zu solch infamer Lüge entschließen. Denn er mußte bewachend feststellen, daß jenes umfangreiche Loth, das durch die Fäktur der letzten Tage in seiner Leibesmitte entstanden war, fast noch ebenso leer

Er spähte also in alle möglichen Richtungen umher, und richtig erdachte er in geringer Entfernung einen Kartoffelacker, dessen verrottete Stauden in seinem Herzen süße Perspektiven wachriefen. Er fadelte nicht lange, sondern verschwand im nächsten Augenblick in die Richtung des Ackers und aus Krummbeins Gesichtsfeld, um wenige Minuten später mit einem Hutmoll vertrieben großer, brauner Knollen zurückzuführen. Nichts hatte sich geregt. Die Gegend schien verlassen.

Die Gegend schien verlassen, aber sie war es nicht. Denn Joll Bils, der Besitzer des Kartoffelackers, hatte sich gerade an diesem Morgen aufgemacht, um nachzusehen, wie weit die Ernte nun in Gottes Namen gedeihen sei. Und Joll tauchte gerade in dem Augenblick auf der einen Seite des Ackers auf, als Eule ihn auf der anderen verließ, nicht ohne noch schnell gewisse Schlüsse zu ziehen. Beim Näherkommen sah er nun auch deutlich die Spuren von Eules Wirksamkeit, denn ein Hausen ausgerissener Stauden und das geloderte Erdreich zeigten ihm deutlich, worum es hier gegangen war. Joll war ein stämmiger, hirniger Kerl von hohem Blutdruck, und sein Kopf wurde gleich puterrot vor Zorn.

„Wiescherl, elender!“ knurrte er mit geballten Fäusten und näherte sich langsam von hinten dem Landstreicher.

Eule sah nichtsahnend im Graben, hatte mit Witzeschnelle bereits ein Feuerchen entzündet, schürte und deckte es gegen den Wind, ja, amete alles trodne Holz, das er in greifbarer Nähe entdecken konnte, und säumte gerade das Feuer mit einem Kartoffelkreis ein, behaglich und entschlossen, sich durch nichts in der Welt in dieser Beschäftigung stören zu lassen. Er achtete darauf, daß der Kreis ein vollkommener Kreis wurde, wie ein Künstler, der ein Mosaikbild auslegt. Krummbein hatte er inzwischen vergessen, aber Krummbein befand sich noch immer hinter den Gräsern. Und das war gut so, denn als Joll Bils, der geräuschlos wie ein Indianer hinter Eules Rücken aufgetaucht war, die breite Brante erhob, um den Kartoffelkreis beim Nachtragen zu erwischen, vollzog sich in Krummbeins Magen eine seltsame Wandlung. Nüchtern empfand er mit voller Bewußtheit, daß Eule ein ihm verwandtes Wesen war, verbunden mit ihm durch das gemeinsame Band der Landstraße. Sicher dachte er in diesem Moment nicht an die Wurststücken. Er fuhr wie ein zottiger Teufel aus seinem Versteck hervor und stieß ein wütendes Gebell aus, Joll Bils in die Seite treifend. Durch diese Tat wurde Eule rechtzeitig und in der letzten Sekunde der drohenden Gefahr entzissen. Denn Eule sprang mit einem Satz über das Feuer und über den Kartoffelkreis, noch im Springen Hut und Jacke ergriffend, warf einen flüchtigen Blick über die Schulter zurück, ergriff seine Stiefel und gab Fersengeld. Joll Bils, immer noch dunkelrot vor Zorn, hätte sich nur gern an Eules Verfolgung gemacht, aber das ging nicht, denn Krummbein lag ihm in der Flanke. Zu allem übel hatte Joll seinen Stiefel bei sich. Er verfluchte, Krummbein durch wildes Brüllen und Flüchen zu verjagen, aber der kleine Landstreicher ließ sich nicht einschüchtern. Er umsprang und umtanzte Joll mit gesträubtem Fell, und wenn er von Zeit zu Zeit unerwartet und schnell wie der Blitz losfuhr, hatte er stets ein Stück von Jolls Hute zwischen den Zähnen. Die Fegen flogen im wahren Sinne des Wortes, ohne daß Joll den Hund auch nur mit einem Finger berühren konnte. Was blieb ihm übrig? Wütend, aber mit arg mitgenommenem Akribium, ergriff Joll den Rücken Krummbeins, verfolgte ihn noch eine Strecke weit und hielt erst inne, nachdem Joll hinter den Maulbeerbäumen des jenseitigen Ackers verjagend war. Joll drehte sich noch ein paarmal um und drohte mit der Faust, was Krummbein mit höhnischem Schweifwedeln beantwortete. Er hustete und knurrte noch ein wenig und trabte dann auf seiner eigenen Fährte bis zur Landstraße zurück. Hier legte er sich neben Eules Feuerchen in den Graben, jeder Joll ein Sieger. Eule hatte das Ganze, hinter dem breiten Stamm einer Äsien hervor-spähend, miterlebt. Er grinste vor Vergnügen, als er Jolls schmähliche Niederlage gewahrte, und näherte sich jetzt mit dem Wurstpaket. Krummbein spitzte die Ohren und schien nicht abgeneigt, zu verhandeln. Eule stützte in den ärtlichststen Tönen, öffnete das Papier und schob die Wurststücken vor Krummbeins Nase. Krummbein verschlang das Ganze mit erstaunlicher Geschwindigkeit und Eile.

Die Kartoffeln waren inzwischen gar geworden. Da Eule es jedoch für ratsam hielt, die Gegend zu wechseln, packte er die gerösteten Knollen in seinen Hut, hob die Nase gegen den Wind, entschloß sich, über die jugoslawische Grenze zu gehen, dachte an ferne, nie gesehene Dörfer, vergaß Krummbein und das vergangene Abenteuer, und ging los mit schwabbeligen, ungleichen Schritten, die Stiefel immer noch unter dem Arm geklemmt. Die Tüme von Nadersburg kamen näher, und ganz hinten, am Ende der Äsienallee, verbreitete sich das Licht einer unwirklich zitronengelben Dämmerung. Schwankend, mit langen, mageren Gliedmaßen bewegte sich die immer kleiner werdende Gestalt des Landstreichers der Ferne zu.

Und Eule ahnte in diesem Augenblick nicht, daß hinter ihm in einer Entfernung von etwa fünfzig Metern wieder Krumme, behaarte, aber lehnige Beine sich jedoch entschließen hatten, seinen Spuren zu folgen, fürs Leben.

Ein Helfer im Kampfe

Ein Helfer im Kampfe will der vom 1. Oktober wöchentlich erscheinende Alarm auch der freien Gewerkschaftsbewegung sein. In einer anprechernden, reich illustrierten, mit gutem Unterhaltungsstoff versehenen Probeummer, die vom Verlag „Alarm“, Berlin SW. 68, Neuenburger Straße 37, unentgeltlich den Gewerkschaftsorganen auf Anforderung zugesandt wird, nehmen u. a. Kurt Heintz, Georg Schmidt, Hans Wölter, Eugen Prager, Robert Beschlagener und von der Arbeiterjugend Erich Schmidt, der erste Vorsitzende der Groß-Berliner Organisationen, neben Paul Köbe, Otto Höfing, Anton Erkelenz, Hellmut u. a. das Wort. Man kann Kurt Heintz aufsuchen, wenn er schreibt: „Wir brauchen dringend ein eindeutiges und deutliches Wochenblatt gegen die Feinde der Republik. Deswegen ist die Umstellung des „Alarm“ auf ein Wochenblatt nicht nur tapfer, sondern auch zeitgemäß.“ Was Eugen Prager in seinem Aufsatz „Kübelbild auf den Frankfurter Gewerkschaftscongress“ sagt, ist beachtenswert. Georg Schmidt begründet den Angriffspunkt des „Alarm“ gegen den geschäftigen Kampf der Republikfeinde, den man am besten in den Landgebieten kennenlerne. Es wird auch die Aufgabe der Gewerkschaftsorganen sein, den tapferen „Alarm“, der nach Höfings Ansicht den Kampf mit vorbildlicher Energie führt, durch sofortige Aufgabe eines Abonnements für Oktober — 66 Pfennig für fünf Nummern einschließlich Postgeld — zu unterstützen.

Aus den Zahlstellen

Bielefeld. Um die Bielefelder Kollegenchaft für das Verjammungsleben zu interessieren, hatte der Vorstand zum 19. September eine Verjammung einberufen, in der neben dem Situationsbericht ein Vortrag des Genossen Dr. H. u. n. e. r t über den § 218 StGB, gehört werden sollte. Diese Verjammung war ein voller Erfolg, und es wäre zu wünschen, daß jede Verjammung einen solch guten Besuch aufweisen würde. Einleitend machte der Kollege Spalthoff einige Ausführungen über die augenblickliche allgemeine Lage, um dann auf die letzten Verjammungen innerhalb unserer Zahlstelle näher einzugehen. Stillelegungen, Entlassungen, Kurzarbeit und Abbau der überzähligen Zulagen sind hier an der Tagesordnung. Die schlechte Wirtschaftslage begünstigt als treuer Bundesgenosse unserer Unternehmer deren Absichten, und nur dem festen Zusammenhalt unserer Kollegenchaft ist es zu verdanken, daß nicht alle Wünsche unserer Arbeitgeber in Erfüllung gegangen sind. Wenn wir auch im Augenblick in die Defensive gedrängt sind, so wird doch einmal eine bessere Zeit kommen, und dann werden wir unsere Rechnung präsentieren. Pflicht eines jeden müsse es jetzt aber sein, die Verjammungen zu besuchen, um so über alle Vorgänge stets unterrichtet zu sein. Die schlechte Arbeitslage innerhalb unserer Zahlstelle zeigt sich wohl darin, daß von 447 Mitgliedern 173 Arbeitslose, 216 Kurzarbeiter und nur 58 Vollarbeiter sind. Der dringende Appell des Kollegen Spalthoff, sich in dieser schlechten Zeit eines kollegialen Verhaltens zu befleißigen und jede Überstände zu verweigern, ist offensichtlich auf guten Boden gefallen. Genosse Dr. Thunert, welcher nun zu seinem Vortrag das Wort nahm, bewies an Hand von Zahlen, unterstügt durch Lichtbilder, die Satzflosigkeit des § 218. Wenn nun 6500 bis 7300 Mädchen und Frauen, die wegen Verstoß gegen diesen Paragraphen im letzten Jahre verurteilt wurden, 99 Prozent Werttätige sind, so ist das ein Beweis, daß der § 218 nur gegen die Arbeiterchaft gerichtet ist. Wenn ferner etwa zwei Millionen Arbeiterinnen im Jahre in Deutschland erzwungen, davon 30 bis 35 000 mit tödlichem Ausgang, so müße für jeden Einfalligen die Unhaltbarkeit dieses Paragraphen klar sein. Eine ungeheure Wirtschaftspolizei liegt in diesen Zahlen wider, und es wäre hohe Zeit, daß Regierung und Parlament eingreifen, um an Stelle eines planlosen Kinderjergens eine bewußte Geburtenregelung durch Kräfte Maß greifen zu lassen. Diese Stellen verjagen jedoch in der für die Arbeiterchaft wichtigen Frage, und so muß zur Selbsthilfe geschritten werden. Der Referent nannte dann die sichersten und für die Arbeiterchaft ersichtlichsten Mittel zur Schwangerschaftsverhütung und zeigte an Hand von Lichtbildern die sachgemäße Anwendung. Mit großem Interesse wurde den Ausführungen gefolgt, und reichlicher Beifall dankte dem Referenten. Zum Schluß blieben die Anwesenden noch einige Stunden gemüßlich beisammen. Hoffentlich hat diese Veranstaltung dazu beigetragen, auch das Interesse für andere Verjammungen zu wecken und besonders den kollegialen Geist zu stärken.

Bremen. In einer sehr gut besuchten Vollversammlung des Graphischen Bundes am 24. September sprach Genosse Alfred Bauhoff, Chefredakteur des Bremer Parteiorgans und Verfasser der viel beachteten Broschüre „Das Panama der Nordsee“, über das „aktuelle Thema“, „Wirtschaftsführer“. Ausgehend von der durch den Nordweststurm getragenen Geld- und Wirtschaftskrise, wurde die das Staatsgebiet Bremen windhosenartig betroffenen sei, beleuchtete Redner die Ursachen der per persönlichen und sachlichen Seite hin. Waren den Verammelten die Tatsachen im allgemeinen durch die Presse auch schon bekannt, so vermochte die eigene Vortragart des Referenten das Material derart zwangsläufig zusammenhängend zu gestalten, daß somit die ungeheure Ausdehnung der Kräfte verständlich wurde. Ein besonderes Kapitel galt dem sogenannten „Staatskapitalismus“ in diesem Zusammenhang. Die familiäre Verjammung der Staats- und Wirtschaftsführer ermöglichte die ruffollose Verschlingungen in den verschiedenen Fällen wie Nordsee, Hansabank, Schöderbank, Straßenbahn, Wert- und Reederbetriebe usw. Selbst Konkurrenzmanöver gegen Hamburger Unternehmen fanden „kaatige“ Unterstützung. Auch dafür, daß eine kirchenfromme Gewinnung und Begünstigung der politischen Reaktion zu den typischen Eigenschaften dieser Wirtschaftsführer gehöre, gab Redner drastische Beweise. Das letzte Ende des ebenfalls zur Verjammung gehörende bürgerliche Presse den ganzen Fragenkomplex dieser Wirtschaft bewußt unterdrückt, kennzeichnet eben ihre Einstellung zur Gemüte. Am so mehr sei es Aufgabe unserer Presse, unarmherzig hineinzuweisen und reifliche Klärung zu verlangen. Die Arbeiterchaft selbst aber, als die am schwersten Betroffenen, habe mit allen Mitteln und den ihr zur Verfügung stehenden Organen dahin zu wirken, dieses bantratte Wirtschaftssystem in ein ihr zweckdienliches umzuformen. Das zweiwöchentliche Referat fand außer Beifällige Aufnahme. — Ein Bericht über die Behandlung der Frage betr. „Graphische Arbeiten in der Strafankalt“ mußte vom Vorsitzenden Käsenräger der vorgeschrittenen Zeit halber bis zur nächsten Verjammung verjagt werden.

Danzig. Unsere Mitgliederversammlung am 24. September 1931 hatte als besonderen Punkt die Neuwahl des ersten Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Kollege W. r. m. als bisheriger langjähriger Vorsitzender unserer Zahlstelle hatte vor einiger Zeit sein Amt aus persönlichen wie auch gesundheitslichen Gründen niedergelegt. Durch diesen, sicher auch für Darm schweren Schritt verlieren wir einen Führer von hohem Wertiger Begabung und vielseitigen Kenntnissen. Wir verdanken ihm die jetzige Blüte unserer Zahlstelle. — Die Vorsitzende der Verjammung zur Neuwahl trafen auf die langjährigen Kollegen Schlicht, Barwien und Grenz. Während die Kollegen Schlicht und Grenz absahnten, erklärte sich Kollege Barwien an letzter Stelle bereit, das Amt des ersten Vorsitzenden zu übernehmen, eruchte aber nochmals den Kollegen Darm zur Weiterführung seiner Funktion. Kollege Darm verließ jedoch bei seinem Rücktritt, so daß, zur eigentlichen Wahl gelangt, Kollege Barwien einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. — Kollege Barwien übernahm sogleich den Vorsitz der Verjammung, dankte für das ihm durch die Wahl erwiesene Vertrauen und gelobte, sein ganzes Wissen und Können dem Ziele unserer Organisation zu widmen. Gleichzeitig dankte er dem Kollegen Darm im Auftrag der Mitgliedschaft für seine wertvollen Leistungen während seiner zwölfjährigen Amtszeit. — Zum Schluß unserer Tagesordnung stellte Kollege Grenz noch das Resolutionswesen, Gerade die jetzige Situation müßte Anlaß geben, die Beiträge reiflos zu begleichen. Auch Kollege

Barwin machte auf den bevorstehenden Kampf aufmerksam und ermahnte, durch Kleinarbeit, wie Betriebsverammlungen und öftere Zusammenkünfte, für die Zukunft gut vorbereitet zu sein. Nach mehreren kleineren Erörterungen schloß Kollege Barwin mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation die gut besuchte Versammlung.

Dortmund. Das graphische Kartell veranstaltete am 20. September eine gemeinschaftliche Betriebsräte- und Funktionärversammlung, die zufriedenstellend besetzt war. Der zweite Gauleiter des R. d. V. Chr. Fette (Köln), sprach über das Thema „Gegenwarts- und Zukunft“. Er begründete zunächst die Gegenwart, vor einem Kreise der bedeutendsten Träger der gewerkschaftlichen Organisationen sprechen und ihnen den ausdrücklichsten Dank des Franzfurter Gewerkschaftsverbandes für ihre mühevollen und selbstlose Tätigkeit übermitteln zu können. Es möge vielleicht zutreffen, daß die Haltung der Gewerkschaften gegenüber der derzeitigen Reichsregierung in laubstümmeliger Weise nicht als populär anzusprechen sei. Sie finde ihre Grundlage jedoch in dem unerlöschlichen Verantwortungsbewußtsein, durch das alle Handlungen der Gewerkschaften bestimmt würden. Es gehe gegenwärtig in erster Linie darum, den Staatsbankrott und den damit zwangsläufig verbundenen Bürgerkrieg zu verhindern, wodurch die Arbeiterklasse alles verlieren würde, was die Gewerkschaften in 6 1/2 Jahrzehnten unter namenlosen Opfern aufgebaut haben. Die besondere gewerkschaftliche Aufgabe bestehe darin, einseitige und untragbare Belastungen der Massen abzuwehren. Die Undurchführbarkeit radikaler Rezepte, die auf eine jagenannte wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit oder auf eine ausschließliche wirtschaftliche Anlehnung an Sowjetrußland hingingen, sei gabelnmäßig einwandfrei nachzuweisen. Zu den Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf das Gewerbe übergelend, gab Kollege Fette der ersten Befürchtung Ausdruck, die ungeheure Belastung des Arbeitsmarktes könne zu gefährlichen Rückwirkungen auf die solidarische Haltung der Arbeiterklasse führen. In diesem Zusammenhang spielte die Frage der vierzigstündigen Arbeitswoche eine bedeutende Rolle. Disziplin sei die damit vorgegebene Verkürzung der Arbeitszeit jedoch nur, wenn in den kritischen Punkten des Lohnausgleichs und Einkellungszwanges Lösungen gefunden würden, die sowohl dem verschlechterten Lebensstandard der Kollegenchaft wie auch den berechtigten Erwartungen der Arbeitslosen Rechnung tragen. Der erste Anknüpfungspunkt, von dem aus das Unternehmertum versuche, sich diese hier und da bereits aufgetretenen Rückwirkungen zunutze zu machen, sei der Angriff auf die Leistungszulagen. Die erbitterten Kämpfe, die zu ihrer Erringung geführt werden mußten, verpflichteten zum Kampf um ihre Erhaltung. Hieraus erwache namentlich den Betriebsräten die Pflicht, den Arbeitgeber eventuell zwangsmäßig unter Benutzung des „Ergütüerungsparagrafen“ 66 des BKG für unkontrollierbare Angaben über die tatsächliche Lage und ihre Aussichten die im § 71 des BKG verankerte Beweis-pflicht abzufordern. Die Entlassungsfrage beste gegenwärtig enger denn je mit der Frage der Kurzarbeit im Zusammenhang. Gewiß sei es eine vordringliche Aufgabe der Betriebsräte, das weitere Umschwelen der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu unterbinden, insbesondere die oftmals angetretene systematische Ausschaltung des älteren, besser bezahlten Stammpersonals zu durchkreuzen. Eine schematische Beantwortung der Frage „Entlassungen oder Kurzarbeit?“ sei jedoch nicht möglich; notwendig sei, die Beurteilung einschlägiger Fälle ihrer besonderen Lage anzupassen. Sehr aufschlußreich und interessant gestaltete sich die darauffolgende Lektion über die praktische Handhabung des Einsparungsparagrafen 84 aus dem BKG, die die einschlägige reichsarbeitsgerichtliche Auslegung deselben, wie auch über die wichtigsten Vorschriften der Stilllegungsverordnung. Alle die Aufgaben, die den Betriebsräten und Verbandsfunktionären in dieser Zeit besonders zahlreich erwachsen, verlangen von ihnen nicht nur ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein und Tatkraft, sondern auch gewissenhafte Kenntnisse der Rechte und Gesetze, die im betrieblichen Kleinkampf im Vordergrund stehen. Darüber hinaus seien sie berufen, unbedeutend durch radikale Vorkünder unermüdlich die Einheit und Machterhaltung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wahren. Starker Beifall bezeugte dem Kollegen Fette, daß seine geballte und rhetorisch gleichermaßen eindringlichen Ausführungen den Dortmund der Betriebsräte und Verbandsfunktionären wertvolle, für ihr praktisches Wirken fruchtbar Anregungen und Aufklärungen vermittelt haben. Die anschließende Debatte gab ihm Gelegenheit, seine Darlegungen nach verschiedenen Richtungen hin zu ergänzen.

Dresden. Mitgliederversammlung am 11. September. Dr. Hans Müller referierte über die Wirtschaft des Reichs und die Arbeiterchaft. In der heutigen kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsform sind durch ihren Aufbau und vor allen Dingen durch ihre Manövrierfähigkeit im Zusammenwirken einzelner Teile des Wirtschaftslebens Krisen unvermeidbar. In den Zeiten der Hochkonjunktur vergrößert und erweitert der kapitalistische Unternehmer seine Betriebsanlagen. Die Folge davon ist, daß mehr produziert wird, als abgesetzt werden kann. Ufabstodungen treten ein, Einschränkungen der Betriebe, Entlassungen und zuletzt teilweise oder vollständiges Stilllegen der Betriebe. Selbstverständlich ziehen Einschränkungen in dem einen Industriezweig nach sich. Auf die einfache Formel gebracht, kann man die eigentliche Ursache der Krise in der privatrechtlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung suchen, die durch ihr Profitstreben eine planmäßige Produktion verhindert. Nach dieser Analyse des Kapitalismus ging Redner noch kurz auf die Kriegsverluste und Schäden ein, kennzeichnete die schwere Belastung des Reiches durch die Reparationszahlungen und erörterte dann noch besonders die Finanznot des Reiches, der Länder und Gemeinden. Die Zukunft sieht nach den Ausführungen des Referenten für die Arbeiterchaft nicht gerade rosig aus, und die Forderung der 40-Stunden-Woche und der Bankkontrolle sind in der heutigen Situation das mindeste, was die Arbeiterchaft verlangen muß. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen und brachte seine Wirkung in der Aussprache zum Ausdruck. Kollegin Lehmann brachte eine Resolution ein, die auch einstimmig angenommen wurde. In dieser wurde zunächst Protest erhoben gegen einen weiteren Abbau von Arbeitskräften sowie Löhnen und gegen eine befristete Tariflockerung und Verschlechterung der Sozialversicherungsbedingungen. Gefordert wurde Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen auf ein der Not der deutschen Arbeiterchaft angepaßtes Mindestmaß, Verbot der Doppelverdienste, namentlich Pensionären mit hohem Einkommen, Kürzung des Wessers und der der Kirche zu-

fließenden Staatsgelder, Verwendung dieser ersparten Gelder zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, zu Wohnungs-, Straßen- und Kanalbauten. Der Bundesvorstand des ADGB, sowie die Reichsstaatsrat der SPD, werden aufgefordert, diese Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verwirklichen. Kollege Täubrich gab hierauf den Geschäfts- und Kasienbericht vom 2. Quartal 1931. Die Verhältnisse im Gau haben sich weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit greift weiter um sich, und Stilllegungen sowie Konkurse sind keine Seltenheit mehr. Die Vertrauenslosigkeit gegenüber dem Unternehmer in puncto Lohnzahlung hat schon manchem Arbeiter bei Konkursen schweren Schaden gebracht. Bei Eintreibung der Lohnrechte zeigt es sich, daß nicht nur oft die Forderung verloren ist, sondern obendrein noch eine große Schädigung durch Nichtabführung der Sozialbeiträge für den Arbeiter entsteht. Eine ganze Anzahl Zahlstellen im Gau müssen bezugslos werden. Die Zahlstelle Dresden steigt weiter in ihren Arbeitslosenzahlen. Daneben läuft noch eine starke Kurzarbeit. Die Umstellung der Zigarette brachte eine kleine Besserung auf einige Wochen im Handrolenbrud. Eine Reihe Firmen arbeiteten sogar in drei Schichten. Daneben liefen aber die täglichen Verhandlungen vor dem Gewerbeaufsichtsamt in Stilllegungsanträgen. Einige der größten Druckfirmen sind teilweise in Konkurs oder legen ganz still. Die Unternehmer benötigen heute das Gewerbeaufsichtsamt mit ihren Stilllegungen zum Zwecke des Lohnabbaues, um vor allen Dingen die überzähligen Löhne beseitigen zu können. Dies wird auch in voller Öffentlichkeit in den Verhandlungen zugegeben. Die Organisation steht gegen diese Dinge im vollen Abwehrkampf und wird leider nicht in dem Maße von den Mitgliedschaften unterstützt. Kollege Täubrich zeigte an Hand von einigen Beispielen die ganze Rücksichtslosigkeit des heutigen Unternehmertums auf, über aber auch eine scharfe Kritik an dem Verhalten der eignen Kollegenchaft. Redner forderte die Verammelten auf, auch in dieser schweren Zeit Mühe zu zeigen und nicht teilnahmslos und ohne Überlegung sich dem Unternehmertum auszuliefern. Gerade in der Not muß der Zusammenschluß am stärksten sein, und mit aller Kraft muß der Kultur der Unternehmer an der Geschlossenheit der Kollegenchaft gearbeitet werden. Hierauf gab Redner den Kasienbericht, der, wie aus dem Zahlenmaterial zu ersehen, die bereits geschilderte Lage im Gewerbe widerspiegelt. Die Aussprache über diese Berichte war lebhaft. Als Beiratsmitglied wurde der Kollege Franz auf die neue Amtsdauer wiedergewählt.

Düsseldorf. Die Monatsversammlung am 12. September hatte trotz des schlechten Wetters einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Kollege Meß gedachte des verstorbenen Kollegen Wilhelm Grabenke. Dem zu Ehren ließ alle von den Sigen erhoben. Dann gab er den Kasienbericht, der gedruckt jedem K. legen ausgehändigt war. An Hand des Kasienberichtes wies er auf die katastrophale Arbeitslosigkeit hin, die in den letzten zwei Monaten in unserer Zahlstelle eingetreten ist. Die Ausgaben sind auf das Dreifache seit dem zweiten Vierteljahr gestiegen. Dann hat der Vorsitzende die Unterkassierer, wegen der angespannten Lage so schnell wie möglich im Büro abzurechnen. Er erstattete weiter Bericht vom graphischen Kartell, wo der Beifall gefaßt wurde, öfter eine Arbeitslosenversammlung einzuberufen, um unseren Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, sich über die einschneidenden Bestimmungen der Stilllegungsverordnung zu unterrichten und Tagesfragen zu besprechen. Es wurde ein Schreiben vom ADGB, verlesen über Winterkur. Es ist vom Monat September bis März je eine Vorlesung vorgesehen, wofür die Organisation pro Mitglied 5 Pf. für den Bildungsausgang zahlt. Für die Auszahlung der Unterfügungen wird die Bürotzeit des Freitag wegen Raummangel eine Stunde früher verlegt. Bei „Gewerkschaftliche Tagesfragen“ schilderte der Vorsitzende eingehend, wie die Unternehmer mehr denn je die verhassten Gewerkschaften klein zu machen suchen. Die heutige Krise in unserem Gewerbe deutet ganz klar darauf hin, daß es den Unternehmern nur darum zu tun ist, Tarifvertrag, Gewerkschaft und Betriebsräte an die Wand zu drücken. Hier hilft nur ein Mittel, fest zusammenstehen, alle noch abseits Stehenden für den Gedanken der Gewerkschaften zu überzeugen, dann wird es uns möglich sein, unseren Willen nach erträglichen Lebensbedingungen durchzusetzen. Die Zahlstelle Düsseldorf kann nicht umhin, dem Vorstand sowie den Vorständen der anderen graphischen Verbände den Vorschlag zu machen, daß das Ergebnis der 40-Stunden-Woche gleich null war. Man hätte seitens der Vorstände vielmehr im Interesse unserer Arbeitslosen und arbeitenden Kollegen tun können, z. B. mit Flugblättern wirken, um auch Arbeitsstehende dafür zu gewinnen. (Die Düsseldorf Mitglieder ist mit ihrer Annahme im Irrtum, wenn sie glaubt, daß die Vorstände nicht alles getan hätten, was in ihren Kräften steht, um die Forderungen der graphischen Arbeiter durchzusetzen. Die Schuldigen sollten die Kollegen und Kolleginnen wo anders suchen. Mit Flugblättern hätten wir bestimmt die 40-Stunden-Woche nicht erreicht. Vorwürfe sind allein den Unternehmern zu machen, das sollte sich nun endlich auch in Düsseldorf herumgesprochen haben. D. Reb.) Jetzt geht das Unternehmertum dazu über, die 40-Stunden-Woche zu ihrem Vorteil auszunutzen, dadurch, daß in Düsseldorf und Umgebung wochenweise ausgefetzt wird, ganz wie es der Untermetzgergesellschaft paßt. Wenn man sich gegenwärtig, so ist es unverständlich wie eine Regierung Brünning, die selbst zugibt, daß wir im Winter sieben und mehr Millionen Arbeitslose haben, den Anregungen der freien Gewerkschaften sich verschließt. Man kommt hier zu der Überzeugung, daß es der Regierung nicht um die Verminderung der Arbeitslosen geht, sondern nur um den Abbau der Löhne und der Gehälter des kleinen Mannes im Interesse der Unternehmer. Bei etwas gutem Willen wäre bestimmt eine Notverordnung in unserem Sinne das Richtige gewesen. Es ist jetzt die höchste Zeit, daß sich die freien Gewerkschaften reiflos für den Kampf gegen die Regierung Brünning stellen, um noch zu retten, was für uns zu retten ist. Zum Punkt „Beschäftigung“ wurde der Bericht von unserem Ausflug nach Lüttich gegeben, bei dem alle Kollegen voll auf ihre Kosten kamen, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß im nächsten Jahr die Beteiligung nach Holland noch größer sein muß. Der Vorstand machte dann bekannt, daß er für die nächste Versammlung eine Referentin einladen wollte, um unseren Kolleginnen Gelegenheit zu geben, einen Vortrag zu hören, der das Thema behandelt, „Die Frau zur Frau“.

Kassel. Am 21. September fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in deren Mittelpunkt der Bericht vom 14. Gewerkschaftstages in Frankfurt a. M. stand. Nach einer historischen Würdigung von Wirtschaft und Gewerkschaften ging der Berichterstatter Kollege Kötz zu

Gegenwartsfragen über. Unsere wirtschaftliche Lage hat sich bis zum heutigen Tage derartig verschlechtert, daß Millionen von Arbeitern heute auf der Straße liegen und zur Untätigkeit verdammt sind. Der Ruf nach der vierzigstündigen Woche mit Lohnausgleich ist daher voll berechtigt und erneut auf dem Gewerkschaftstages in Frankfurt erhoben worden. Der Kampf, welcher heute zwischen Unternehmer und Arbeiterchaft ausgefochten wird, ist wohl der schwerste, welchen die derzeitige Generation bestehen muß. Denn mit der brutalsten Willkür versucht das Unternehmertum nicht allein den Stand von 1914 zu erreichen, sondern alle wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften unserer modernen Arbeiterbewegung in Grund und Boden zu stampfen. Wollen wir aus diesem gigantischen Kampfe als Sieger hervorgehen, müssen wir darauf bedacht sein, unsere Schlagkraft zu erhalten, fester denn je zusammenzusehen. Dann verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben der sozialistischen Fraktion, worin auch wir aufgefordert werden, uns an dem sozialen Hilfswert der Winterbeihilfe für die Arbeitslosen zu beteiligen; der Beifall der Versammlung geht dabei, bis auf weiteres einen gefassten Wochenbeitrag, welcher durch Sammellisten erhoben werden soll, abzuführen. Unter „Mittelungen“ wurde noch berichtet, daß der Streit bei der Firma Trömer wegen überätzlichen Lohnabbaues ergebnislos verlaufen ist. Des weiteren kam zur Kenntnisnahme, daß die Leitung des Kleinen Theaters für die Arbeitslosen eine Ermäßigung der Eintrittskarten bis zu 30 Pf. vorgelegen hat. Da im Punkt Beschäftigung nichts vorlag, wurde die Versammlung unter Hinweis auf Einigkeit und Treue dem Verband gegenüber geschlossen.

Stuttgart. Unsere Mitgliederversammlung am 21. September erfreute sich eines sehr guten Besuches. Da Kollege Werner der Versammlung frankheitsvoller fernbleiben mußte, wurde sie von den Kollegen Rieger und Kail geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Rieger zweier Verstorbenen. Durch Tod verloren wir die Kolleginnen Dreher und Marquardt. Die Versammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise. Kollege Rieger gab hierauf den von der letzten Versammlung zurückgestellten Kasienbericht vom zweiten Quartal 1931. Er zeigte dabei, wie die Arbeitslosigkeit in unserer Zahlstelle immer mehr vorwärtsklettert, und dadurch auf der einen Seite immer weniger Beiträge eingehen und auf der anderen Seite immer höhere Ausgaben der Verbandskasse erwachsen. Wir wollen aber hoffen, daß der Tiefstand bei uns erreicht ist und es bald wieder aufwärts geht. Den Höhepunkt der Versammlung bildete das Referat des Kollegen Döbberling vom Bundsverband über das Thema: „Wirtschaftskrise und die Bedeutung der Gewerkschaften“. In seinem 1 1/2 stündigen Referat führte er u. a. aus, daß es keinen Kulturstaat mehr gäbe, der nicht von der Arbeitslosigkeit erfaßt wäre. Das Meer der Arbeitslosen werde auf 24 Millionen geschätzt und man könne sich selbst ausdenken, welches namenlose Elend eine solche Ziffer in sich birgt. Ein sehr großer Teil dieser Arbeitslosen hat überhaupt keine Aussicht mehr, jemals wieder in seinem Beruf unterzukommen, da die Technisierung der Betriebe immer mehr vorwärts schreitet. An der Hand einer Statistik zeigte der Redner, wie sich die Warenausbeute immer mehr steigerte, die Kaufkraft der großen Masse aber nicht Schritt halten konnte, so daß sich kolossale Warennotstände angehäuft haben und ein großer Teil Arbeiter in den Betrieben dadurch überflüssig geworden ist. Die Rohstoffpreise sind seit 1930 teilweise bis auf die Hälfte der Vorkriegspreise gesunken, aber leider nicht zum Nutzen der Arbeiterchaft, denn es ist schon so, daß die breite Masse bei vollen Scheunen hungern muß. Zum Schluß ermahnte Kollege Döbberling die Anwesenden, ihrer Organisation die Treue zu halten und weder den Lockungen noch rechts noch links zu folgen, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit führt zum Ziele. Die Versammlung pöndete dem Redner für seine Ausführungen reichen Beifall. Kollege Rieger dankte dem Referenten für seine Ausführungen und unterstrich die Worte, daß nur Einigkeit uns vorwärts bringen könne. Nur einer reiflos organisierten Arbeiterchaft wird es möglich sein, die kapitalistische Profitwirtschaft durch eine sozialistische Bedarfswirtschaft zu ersetzen. Nach Beantwortung einiger Anfragen fand die gutverlaufene Versammlung ihr Ende.

Literatur

Rudolf Wissell, Reichsarbeitsminister a. D. Dr. h. c. Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft. Vortrag gehalten am 17. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands vom 5. bis 11. Juni 1931 in München. 26 Seiten. Preis 20 Pf. im Buchhandel 50 Pf. Gesamtvertrieb vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover. Nachdruckverbot.

Die Handlungen der Gottesverkörperung. Von Dr. Fritz Schiff. Urania-Verlag-Ges. m. b. H. Bonn. Mit 10 Abbildungen. Preis 1.20 M., in Ganzleinen 2 M., Vorzugsausgabe 2.75 M.

Urania, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, mit den ständigen Beilagen „Soziales Wandern“, „Der Welt“, den Vorkriegsbeilagen und den vierzehntägigen, heftigen Beilagen. Im vorliegenden Heft wird gleichzeitig auf 8 Hefen des beginnenden 8. Jahrganges am 1. Oktober ein Verbandsheft mit wertvollen Beiträgen enthalten, dem wir beste Beteiligung wünschen. Interessenten sollten sich ohne Zögern ihre Bestellung einreichen. Weitere Informationen sowie Probehefte und Prospekt findet der Urania-Verleger-Verlag in Bonn gern telefonisch an.

Gewerkschafts-Archiv, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jähns. Jena. Septemberheft 1931. Verlag Carl Jähns. Verlagsbuchhandlung. Jena. Vierteljahrsabonnement 3.00 M.

Unserem lieben Kollegen Richard Schirner (in der Firma „B. N. K.“) die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Unserem lieben Kollegin Anna Jähns und Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Kassel.

Für die Woche vom 4. Oktober bis 10. Oktober ist die Beitragsmarkte in das 41. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu legen.

Verantwortlich für Redaktion: E. Schulte Charlottenburg. Reichswehrstraße 5. Berlin. V. B. B. 1931. - Verlag: E. Vobald Charlottenburg. Verbandsrat: Verband der arbeitslosen Hilfsarbeiter u. arbeitslosen Deutschlands. Verbandsvorstand: Charlottenburg 4. Reichswehrstraße 5. - Druck: Buchdruckwerkstätte Gm. b. H. Berlin SW 61. Dreifundstraße 5.